

Noch vor einem halben Jahr hatte es den Anschein, als wäre die politische Lage des Landes im Großen und Ganzen bereits fundiert: Die Wahlen würden von der Partei „Bürgerplattform“ (Platforma Obywatelska – PO) gewonnen, die in Koalition mit der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) die Regierung stellen würde. Offen bliebe noch die Frage nach dem Staatspräsidenten. Unklar wäre weiter, in welchem Ausmaß die postkommunistische Linke Stimmen einbüßen würde. Theoretisch ist dieses Szenario auch eingetreten, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Sowohl Parlaments- als auch Präsidentenwahlen wurden, knapp zwar, aber von PiS gewonnen, und die Koalition der beiden Parteien kam nicht zu Stande. Zur Ursachenforschung muss man vier Jahre zurückgehen.

Vier zu lange Jahre

Entgegen den vordergründigen Parteienbezeichnungen und personellen Aushängeschildern gliedert sich polnische Parteienlandschaft seit fünfzehn Jahren in ein postkommunistisches und ein Post-Solidarność-Lager. Die vorangegangenen (Präsidenten- wie Parlaments-)Wahlen wurden unangefochten von den Postkommunisten gewonnen. Aleksander Kwaśniewski wurde bereits im ersten Wahlgang 2000 für eine zweite Amtszeit gewählt und ließ seinen Herausforderer Marian Krzaklewski vom „Wahlbündnis Solidarność“ (Akci Wyborczej Solidarność – AWS) weithintersich. Trotz der Einleitung mutiger Reformen im Ausbil-

dungs-, Gesundheits- und Sozialbereich verlor das regierende AWS das Vertrauen der Wähler und beendete aufgrund seines schlechten Regierungsstiles de facto sein Bestehen noch vor Ablauf der Regierungsdauer. Diese beherzten, schwierigen Reformen (Schulen und Hochschulen, Pensionen, Gesundheitssystem, Verwaltung der Gebietskörperschaften) waren mangelhaft vorbereitet und fanden kein positives Echo in der Bevölkerung. Mangelnde Organisation, Nepotismus beziehungsweise Korruption mögen in der Politik nichts Besonderes sein, waren aber bei einer Partei dieser Provenienz inakzeptabel. Das letzte Regierungsjahr von AWS war die Suche nach neuen Impulsen im Post-Solidarność-Lager. Zwei Optionen sollten den Wähler erreichen. Die eine war an die Traditionalisten gerichtet: Lech Kaczyński, der einzig populäre Minister im AWS, der erfolgreich die Kriminalität bekämpfte, gründete mit seinem Zwillingbruder Jarosław die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ PiS. Das zweite Projekt war ein Politisches. Die „Bürgerplattform“ PO wurde als Zentrumsparterie mit konservativ-liberaler Ausrichtung angelegt. Mitbegründer war Donald Tusk.

Beide Parteien schafften auch den Einzug ins neu gewählte Parlament, das jedoch eindeutig von den Postkommunisten, dem „Bündnis der demokratischen Linken“ (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), dominiert wurde. Deren Vorsitzender, Leszek Miller, verbuchte mit den Versprechen, die unpopulären (Sozial-) Reformen zu stoppen, der Korruption Ein-

halt zu gebieten und die Verwaltung zu verbessern, 41 Prozent der Wählerstimmen. Wort gehalten wurde nur in einem Punkt: Die Sozialreformen wurden gestoppt, teilweise sogar zurückgenommen. Das Chaos im Erziehungs- und Gesundheitswesen war damit vorprogrammiert. Hervortun konnte sich das Bündnis einzig, ähnlich wie die westeuropäische Sozialdemokratie, in einem elastischen Zugang zur Wirtschaft.

Im Regierungsstil dagegen setzten sich die alten Gewohnheiten durch, beispielsweise im Bemühen des Parteikaders, sämtliche staatlichen Sektoren zu kontrollieren – so auch die Medien. In den Peripherien kamen zahlreiche Vertreter des alten Parteiapparates wieder zu Amt und Würden. Um Kontrolle auszuüben, schreckten sie auch nicht vor der Instrumentalisierung von Nachrichtendienst und Staatsanwaltschaft zurück. Die polnische Demokratie ging allerdings siegreich aus diesem Vereinnahmungsversuch hervor. Die Machenschaften der Postkommunisten wurden durch die unabhängigen Medien aufgedeckt. Das Parlament reagierte hierauf mit drei aufeinander folgenden Sonderkommissionen, Staatsanwaltschaft und Polizei zeigten „staatsmännisches“ Format und nicht die erhoffte politische Empfänglichkeit.

Ein vordergründig unbedeutendes Korruptionsangebot, das der bekannte Filmproduzent Lew Rywin namens seiner postkommunistischen Auftraggeber dem größten Medienkonzern „Agora“ (Besitzer der bedeutenden Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*) unterbreitete, brachte die politische Lawine zum Rollen. Die Live-Übertragungen der Sonderkommission offenbarten jenes Paktieren hinter den Kulissen, wie es an den Schnittstellen von staatlicher Verwaltung, Wirtschaft und Medien gang und gäbe war. Eine weitere Sonderkommission untersuchte die Verhaftung des Vorsitzenden des größten Mineralölkonzerns „Orlen“. Hier

wurden nicht nur der Einsatz des Nachrichtendienstes zur Übernahme der Kontrolle über die Wirtschaft offensichtlich, sondern auch die Verbindungen von Politikern zur organisierten Kriminalität. Mit dem Aufdecken dieser und anderer Affären entschied sich das weitere Schicksal des Kabinetts Miller und damit des gesamten postkommunistischen Lagers bereits im Frühjahr 2004. Vorgezogene Neuwahlen schienen unausweichlich; auch weil Präsident Kwaśniewski diese ankündigte und dazu aufrief.

Die Opposition drängte ebenfalls dazu. Sie war sich einig im Slogan, die „vierte Republik“ (*Rzeczpospolita – RP*) ins Leben zu rufen (die erste RP endete mit den Teilungen Polens Ende des achtzehnten Jahrhunderts, die zweite 1939. Als dritte gilt jene seit der Angelobung der ersten nichtkommunistischen Regierung vor fünfzehn Jahren). Das Schlagwort von der vierten Republik sollte einen endgültigen Bruch mit dem Postkommunismus bedeuten. Die Radikalität dieses Slogans und die Entschlossenheit der Post-Solidarność-Parteien, endgültig mit der SLD und den wirtschaftlichen Seilschaften im Schatten des Präsidentenpalais abzurechnen, verleitete die Postkommunisten zu Manipulationen am Wahlkalender.

Die Kampagne im Schatten der Kampagne

Trotz öffentlicher Zusagen von Präsidenten und Premierminister kam es im Frühling 2004 nicht zu vorgezogenen Neuwahlen, ja nicht einmal im Frühjahr 2005. Das von den Postkommunisten dominierte Parlament war trotz des enormen öffentlichen Drucks angesichts des sicheren Endes ihrer Regierungszeit nicht fähig zur Selbstauflösung. Die einzige politische Geste bestand in der Demission des Kabinetts Miller und dem Einberufen einer neuen Regierung unter Marek Belka, die keine aktive Politik mehr bestreiten

konnte und sich auf Verwaltungsaufgaben beschränken musste.

Die Reihen der SLD lichteten sich zwischenzeitlich: Parlamentarier, Minister, später der für die Wirtschaft verantwortliche Vizepremier Jerzy Hausner und schlussendlich selbst Marek Belka. Beide engagierten sich im Aufbau einer neuen Formation außerhalb des Parlamentes, der „Demokratischen Partei“ (Partia Demokratyczna), die schließlich in den Wahlen keine drei Prozent erreichen sollte. Das führte also zu der etwas paradoxen Situation, dass der Premier Mitglied der außerparlamentarischen Opposition war.

Indessen streckten die meinungsbildenden Kreise der „alten Ordnung“ nicht die Waffen und nutzten das immer noch beträchtliche politische Kapital von Präsident Aleksander Kwaśniewski. Da er selbst nicht mehr kandidieren konnte, machte man, unterstützt durch nahe stehende Medien, seine Frau Jolanta zur Kandidatin. Deren Popularität, die sich auf eine weit reichende karitative Tätigkeit stützte, resultierte noch vor einem Jahr in beeindruckenden Zahlen bei Umfrageergebnissen. Über Monate führte sie die Umfragen an, gefolgt vom Fernsehjournalisten Tomasz Lis – ein Beweis für die Vertrauenskrise gegenüber der gesamten politischen Klasse in Polen. Das Kwaśniewska-Phänomen konnte in kein konkretes Projekt umgemünzt werden. Grund dafür war unter anderem, dass ein von ihr geleiteter Hilfsfonds Teil jener wirtschaftlichen Päckerei war, die von der Orlen-Sonderkommission aufgedeckt wurde.

In dieser Situation richteten sich die letzten Hoffnungen des postkommunistischen Lagers auf den Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz, der als SLD-Vertreter außerhalb des Filzes prolongiert wurde. Ihn verbindet eine Freundschaft mit Adam Michnik, den einflussreichen Chef der *Gazeta Wyborcza*, der einst als antikommunistischer Aktivist inhaftiert

worden war und in den letzten Jahren auf einen (historischen) Kompromiss zwischen Postkommunisten und der Mitte-links-Elite hinarbeitet. Die Absicht von Aleksander Kwaśniewski war, Cimoszewicz als überparteilichen Präsidentschaftskandidaten zu installieren; um dessen Chancen zu verbessern, verlegte er die Präsidentschaftswahlen zwei Wochen hinter die Parlamentswahlen (um Cimoszewicz vom unvermeidlichen Verliererimage der SLD abzuschirmen beziehungsweise dem Wähler dann ein Gegengewicht zur ebenfalls unvermeidlichen Rechtskoalition anzubieten). Dieser Plan schien auch gute Aussichten auf Erfolg zu haben. Die Umfrageergebnisse stiegen, als er eine Kandidatur aus „Widerwillen gegen die demoralisierten politischen Klassen“ ins Auge fasste. Als er sich schließlich auf Druck der Umfrageergebnisse dazu „durchrang“ und seine Kandidatur bekannt gab, hatte er auch seine besten Umfragewerte. Genauso schnell waren diese aber auch wieder im Keller, als der unabhängige Kandidat am Parteikonvent der SLD erschien und die Medien auf Ungereimtheiten in seiner Steuererklärung stießen. Überraschend für alle, selbst für seine Wahlhelfer, zog er wenige Wochen vor der Wahl seine Kandidatur zurück. Damit war klar, dass ein Kandidat der Post-Solidarność-Lagers die Präsidentschaft übernehmen würde.

Trotz Cimoszewiczs Rückzug ging der Plan von Präsident Kwaśniewski zur Schwächung des Mitte-rechts-Vormarsches auf. Durch die nahe Zusammenlegung der Wahltermine verlief die Parlamentskampagne im Schatten der Präsidentschaftswahlen. Da Kaczyński und Tusk in die zweite Runde der Präsidentschaftswahl gelangten, bekämpften sich die Post-Solidarność-Parteien bereits vor den Parlamentswahlen gegenseitig. Für die Wähler, die sich eine starke Koalition zur Umgestaltung des Landes erhofften, war das ein schlechtes Signal, sodass

schließlich statt der Anfang August prognostizierten Zwei-Drittel-(Verfassungs-) bloß eine einfache Regierungsmehrheit zu Stande kam. Aber auch diese wurde aufgrund der Spannungen, wie sie im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen aufgetreten sind, nicht mehr realisiert.

Aller schlechten Dinge ...

Der Schaffung einer Koalition standen nicht nur die Emotionen im Wege. Beide Gruppierungen präsentierten im Vorfeld unterschiedliche wirtschaftspolitische Modelle. Die PO verfolgte einen liberalen Kurs, während PiS sich ab einem gewissen Zeitpunkt stark dem Wohlfahrtsstaat verschrieb. Die PiS-Strategen verstanden es, sich als Vertreter einer Sozialwirtschaft (mit drei Millionen neuen Wohnungen etwa) im Gegensatz zu einem liberalen Wirtschaftsexperiment der PO mit einem geringeren Steuersatz für Spitzenverdiener darzustellen. Die Polen wurden das erste Mal mit einer modernen Negativkampagne konfrontiert. In einem Werbespot wird bei einer Durchschnittsfamilie der Kühlschrank leer, die Spielsachen und Kleidung verschwinden aus dem Kinderzimmer, die Medikamente aus der Apotheke – wenn das PO-Steuermodell (ein verringertes lineares System) umgesetzt wird. Der Konflikt wurde in drei Phasen ausgetragen: Präsidentschaftswahlen in zwei Durchgängen plus Parlamentswahlen. Nur bei der ersten Präsidentschaftswahl hatte die PO die Nase vorn, die restlichen gewann PiS.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen lauten: PiS 26,99 Prozent, PO 24,14 Prozent, Samoobrona („Selbstverteidigung“) 11,41 Prozent, SLD 11,31 Prozent, LPR („Liga der polnischen Familien“) 7,97 Prozent und PSL (Kleinbauernpartei) 6,96 Prozent. Die Präsidentschaft entschied Lech Kaczyński mit 54 Prozent für sich. Die Wählerentscheidung fiel zugunsten einer starken Präsenz des Staates in der Wirtschaft, für eine ausgedehntere Sozi-

alpolitik, eine Abrechnung mit Privatisierungsaffären, strafrechtlichen Verschärfungen, Bekämpfung von Korruption und die Beseitigung der Postkommunisten aus dem öffentlichen Leben aus.

Die Parlamentswahlen waren kein Ruhmesblatt der Bürgerrechte. Die Wahlbeteiligung von fünfzig Prozent war nicht nur auf die inneren Querelen im Post-Solidarność-Lager zurückzuführen, sondern hatte ihren tieferen Grund in der zunehmenden Degradierung der polnischen Demokratie über die letzten zehn Jahre hinweg. Die niedrige Beteiligung illustriert den Zweifel an der Effizienz von Wahlen als Mittel gesellschaftlicher Veränderungen. Die Politiker aus jenem Lager, das in Polen den Systemwechsel herbeigeführt hat, stehen jetzt vor der schwierigen Aufgabe, den Bürgern den Glauben an die Effizienz der demokratischen Mechanismen wiederzugeben.

Interessanterweise schafften die gleichen Parteien wie 2001 den Einzug. Das ist als kleines Zeichen der Stabilisierung zu werten. So wurde das auch von den Finanzmärkten interpretiert, die den emotionalen und populistischen Wahlkampfparolen wenig Gehör schenkten.

Wenigstens die gleichen Parteien im Parlament sitzen werden, so doch unter komplett anderen Vorzeichen. Beobachter der politischen Szene Polens haben auf ein gewisses Paradoxon hingewiesen: Am meisten freute sich SLD über das Wahlergebnis. Die Postkommunisten befürchteten im Vorfeld, die Fünf-Prozent-Hürde nicht nehmen zu können, konnten aber schlussendlich ein zweistelliges Ergebnis einfahren. Für diesen „Erfolg“ waren die niedrige Beteiligung und das Stammwählerverhalten ausschlaggebend. Auf rund zehn Prozent wird der Anteil jener geschätzt, die dem vergangenen System die Treue halten. Obwohl die vorgebliche Freude über das Ergebnis plakatiert wurde, ist dieses doch als endgültiges Aus für das postkommunistische Lager zu werten.

Die „Liga der polnischen Familien“ LPR ging ebenfalls geschwächt aus den Wahlen hervor. Es ist dies eine antieuropäische Formation, die im fremdenfeindlichen Reservoir der fundamentalistischen Katholiken fischt. Während sie bei den Europawahlen noch eine Rolle spielen konnte, wurde sie mittlerweile vom Wähler marginalisiert und schlägt sich mit internen Krisen herum.

Weiterhin auf absteigendem Ast befindet sich PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe), eine Bauernpartei, die einst mit den Kommunisten paktierte und heute um den Weiterbestand kämpft. Die Landbevölkerung hat PiS und die populistische Samoobrona gewählt, welche nunmehr die dritte Kraft in der Volksvertretung stellt.

Diese Gruppierung ist eine Ein-Mann-Partei, ihrem Führer Andrzej Lepper gegenüber gehorsam. Sie ist ein antidemokratisches Sammelbecken für Frustrierte, tritt hauptsächlich bei sozialen Protestmaßnahmen in Erscheinung und hat mehrfach versucht, die geregelte Parlamentsarbeit zu torpedieren. Lepper hat in der abgelaufenen Kampagne sein Image geändert. Trotz mehrerer gerichtlicher Verurteilungen versucht er sich als staatsmännisch und einzige Alternative für das linke Wählerpotenzial zu präsentieren. Aktuell bemüht sich die Samoobrona, den inneren Konflikt im Post-Solidarność-Lager für (Mit-)Regierungsansprüche zu nutzen.

Es muss auch klar gesagt werden, dass die Lepper-Wähler den Ausschlag bei den Präsidentschaftswahlen zugunsten von Kaczyński gegeben haben. Tusk hatte die Samoobrona und Lepper persönlich heftig attackiert, Kaczyński dagegen auf gewisse Programmübereinstimmungen hingewiesen. Starke Unterstützung für PiS kam auch vom xenophoben und antisemitischen *Radio Maryja*, das vom Redemptoristenpater Rydzyk geführt wird. In den Senderäumen wurde ein informel-

ler Zusammenschluss von PiS, Samoobrona und LPR konstruiert, um die Plattform zu „ersäufen“, und auf den Anschlagtafeln der Pfarrgemeinden fanden sich Aushänge vom berüchtigten Danziger Priester Jankowski mit dem Wortlaut „Für Tusk stimmen heißt Christus geißeln“ („Kto na Tuska głośnie – Chrystusa biczuje“).

Die widersinnige und destruktive Aufteilung in frivole Liberale und echte Katholiken wurde Realität. So wurde dank der Stimmen der Samoobrona Marek Jurek von PiS zum Sejmvorsitzenden (*marszałek Sejmu*) gewählt. Das wenn auch unsichere Bündnis Kaczyński/Lepper gibt der PiS als Alternative zu einer Koalition mit der PO einen Vorteil.

Der Vorsitzende von PiS, Jarosław Kaczyński, macht kein Hehl aus seiner Absicht, eine starke Mitte-rechts-Gruppierung ohne Konkurrenz auf der eigenen politischen Seite zu bilden.

PiS hat seine Anhängerschaft in Stadt und Land und quer durch alle sozialen Gruppen. Hier liegt die Ursache für den Wahlsieg. Die Tusk-Partei war in den Großstädten und unter den jüngeren beziehungsweise gebildeteren Schichten unverhältnismäßig stärker vertreten, verlor aber eindeutig in den Kleinstädten und auf den Dörfern.

Die Tage danach

Die Wahlberichterstattung vereinfachte nicht nur in ausländischen Medien erheblich. Auch in Polen wurde auf zwei Lager, das offene und dynamische beziehungsweise das isolierte und hilflose, reduziert: Das erfolgreiche Polen verlor vor demjenigen, das Angst vor rapiden Veränderungen hat; das liberale Modell hat gegenüber dem sozialen den Kürzeren gezogen. Das stimmt so nicht.

Es gibt aktuell keine wirkliche Aufspaltung Polens. Donald Tusk gewann im Westen, in den Landesteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und den meisten ehema-

ligen LPGs. PiS dagegen gewann in Kleinpolen, dem Teil mit dem höchsten Ausbildungsniveau. Die Platforma ist eine wirtschaftsliberale Partei mit einem starken wertkonservativen Hintergrund, PiS dagegen bleibt, auch bei anders lautenden Wahlverlautbarungen, eindeutig Befürworter des freien Marktes. Die Wahlgewinner verbindet allerdings die starke Betonung fundamentaler ethischer Prinzipien im öffentlichen Leben. Eben darin begründet sich, entgegen den politischen Turbulenzen direkt nach der Wahl, die endgültige Abrechnung mit den postkommunistischen Relikten in Polen. Im kommenden Jahr ist mit einer entschlossenen Bekämpfung der Korruption zu rechnen, mit einer Abrechnung der Missbräuche der letzten Jahre, einer Rationalisierung der staatlichen Verwaltung, einem gemäßigten Privatisierungstempo und sogar einer gemäßigten Steuersenkung.

Außenpolitische Linie

Auch die übereinstimmenden Vorstellungen zur Außenpolitik der stimmenstärksten Fraktionen unterstreichen das – wenn auch in europäischen Tageszeitungen anderes zu lesen war. Eine dieser Vereinfachungen war das deutschfreundliche Renommee von Donald Tusk (im Wahlkampf fälschlicherweise als Nachfahre eines Landsers diffamiert) gegenüber dem fremdenfeindlichen Bild von Lech Kaczyński. Auch die vorgebliche Russlandfeindlichkeit der beiden Rechtsparteien ist unterstellt. So ist der am 31. Oktober vereidigte Außenminister der ehemalige Botschafter in Moskau. Selbstverständlich sind beide Gruppierungen um

eine Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten bemüht, liegt das doch im natürlichen Interesse des Landes. In Fragen der Staatsräson allerdings sind entschiedenere Akzente als bisher zu erwarten. So werden beispielsweise beide einstimmig gegen die Umsetzung des deutsch-russischen Vertrages zum Bau der Erdgaspipeline durch die Ostsee, bei einer Umgehung Polens, vorgehen.

Auch in der Europapolitik sind keine größeren Änderungen zu erwarten, wenn es hier auch im Detail Unterschiede gibt. So sind etwa die EU-Abgeordneten der PO in der Europäischen Volkspartei (EVP) und die größere PiS-Delegation in der kleineren Europäischen Allianz (UEN-EA).

Der erste Staatsbesuch wird Präsident Kaczyński nach Washington führen. Das sollte jedoch nicht überbewertet werden, handelt es sich hier doch eher um eine Geste, die ein Signal an die eigene Wählerschaft, welche – für europäische Verhältnisse – ungewöhnlich proamerikanisch eingestellt ist, sein soll.

Polen hat immer noch die Chance, die sich am stärksten entwickelnde Wirtschaft in Mitteleuropa zu werden. Darum ist eine Stärkung in den europäischen Strukturen Ziel der Außenpolitik.

Die Ähnlichkeiten der Kräfteverhältnisse nach den Wahlen könnten paradoxerweise dem deutsch-polnischen Verhältnis nützen, wirkt doch kaum etwas derart einigend wie gemeinsame Probleme. Beide haben zwei starke Formationen, von denen keine für sich allein regieren kann. Deshalb wären beide auf eine große Koalition angewiesen, wenn sie keine raschen Neuwahlen wünschen oder sich auf faule Kompromisse einlassen wollen.

Die Januarausgabe 2006 der Politischen Meinung wird sich dem Schwerpunkt

„Werte in der Diskussion“

widmen und dabei unter anderem die Aspekte Lebensschutz, Völkerrecht und den Dialog der Religionen thematisieren.